

Zum Entwurf der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)

Der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH) bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Entwurf der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) und begrüßt das Ziel, Deutschland zu einer ressourceneffizienten und kreislaufbasierten Wirtschaft zu entwickeln und die Reduzierung von Abfällen, die Verbesserung der Recyclingquoten sowie die Förderung nachhaltiger Produktdesigns zu unterstützen. Dafür ist die NKWS neben der Nationalen Biomassestrategie ein wichtiger Baustein. Um eine Minderung der CO₂-Emissionen um 55% bis 2030 zu erreichen, ist es wichtig, möglichst wertschöpfend mit unseren Ressourcen umzugehen, da wir diese möglichst effizient und mit höchstem Klimaschutzeffekt einsetzen müssen. Dem Bereich Forst- und Holzwirtschaft kommt in der treibhausgasneutralen Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu, aufgrund der doppelten Klimabedeutung des Werk- und Energierohstoffs Holz. Die holzbe- und -verarbeitende Industrie kann mit dem nachwachsenden, klimafreundlichen Rohstoff Holz große Mengen an Kohlenstoff in langlebigen Produkten (z.B. Holzwerkstoffplatten, Holz-Fertighäusern, Parkett, Möbel) über lange Zeiträume binden und damit die CO₂-Emissionen, u.a. im treibhausgasreichen Bausektor, deutlich senken. Außerdem können über Substitution fossil-intensivere Produkte durch emissionsarmes Material aus Holz zusätzlich CO₂-Emissionen eingespart werden. Im Jahr 2020 konnten allein durch den Einsatz langlebiger Holzprodukte ca. 8,65 Mio t CO₂-Äq. der Atmosphäre entzogen werden.¹ Die Sicherung der Rohstoffverfügbarkeit des Werkstoffes Holz ist daher eine der zentralen Herausforderungen der Transformation. Dabei ist das Holz idealerweise zunächst stofflich in sogenannten Nutzungskaskaden und im Rahmen einer optimierten Kreislaufwirtschaft zu nutzen. Die Nutzungskaskade ist aus unserer Sicht dabei ein wertschöpfendes Prinzip mit dem Ziel, den Rohstoff Holz oder daraus hergestellte End- oder Nebenprodukte mehrfach zu nutzen, um die eingesetzte Ressource Holz so rohstoffeffizient wie möglich zu nutzen und damit den Klimaschutzeffekt der Holznutzung zu steigern. Wenn Holzprodukte recycelt werden, bleibt der im Holz gebundene Kohlenstoff weiterhin gebunden und wird nicht freigesetzt. Dies trägt zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bei und ist ein entscheidender Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Ist das Ende der Nutzungskaskade von Holz erreicht und die sich anschließende stoffliche Nutzung von Altholz und Restholz technisch nicht möglich oder unwirtschaftlich, leisten diese Abfallprodukte als erneuerbarer Energieträger in effizienten Anlagen nach dem Stand der Technik einen Beitrag zur Energiewende.

¹ National Inventory Report for the German Greenhouse Gas Inventory 1990 – 2020 Federal Environment Agency, S. 702

Zu 4 Prioritäre Handlungsfelder für die Transformation

(Forschungs-)Förderung

Der ganzheitliche Ansatz der NKWS, welcher die verschiedenen Aspekte der Kreislaufwirtschaft, von der Produktion über den Konsum bis zur Entsorgung unter Einbindung der technologischen Integration berücksichtigt, ist ambitioniert und darf nicht an der Komplexität der Umsetzung scheitern. Die Weiterentwicklung technischer Lösungen und Designansätze sowie die geplante Unterstützung von KMU bei der Einführung von zirkulären Geschäftsmodellen sind zu begrüßen. Hierbei muss beispielsweise das Förderprogramm „Reparieren statt Wegwerfen“ die Unternehmen planbar unterstützen, da solche Maßnahmen eine entsprechende Vorbereitung in den Produktions- und Logistikbereichen der Unternehmen nach sich ziehen werden. Die Langlebigkeit von Produkten geht aufgrund höherer Qualität der Materialien, Komponenten und Produkte in der Regel mit höheren Kosten einher. Daher ist es besonders wichtig, dass die regulatorischen Anforderungen der Ökodesign-Verordnung (ESPR) und Bauproduktenverordnung (CPR) ausnahmslos für alle Marktteilnehmer gelten und auch entsprechend überwacht werden, so dass das viel zitierte „level playing field“ nicht nur in der Theorie sondern auch in der Praxis durchgesetzt wird. Dies gilt insbesondere für Produkte aus Drittstaaten, deren Langlebigkeit in vielen Fällen unter dem Niveau deutscher Produkte angesiedelt ist. Das angesprochene „level playing field“ gegenüber linearer Wirtschaft braucht zudem zeitnah die entsprechenden ökonomischen Anreizinstrumente, damit alternative Geschäftsmodelle gefördert werden, welche die Lücke der auf weniger Konsum zielenden Strategie der Kreislaufwirtschaft ausgleichen und in Summe die Transformation keine wirtschaftlichen Nachteile für die Unternehmen nach sich zieht.

Auch für den Transfer von Forschungs-Ergebnissen in den Markt und die schnelle Skalierung von Ergebnissen aus F&E-Vorhaben braucht es konkrete Maßnahmenpläne. Dementsprechend ist das geplante Aktionsprogramm „Zirkuläre Wirtschaft“ (AZW) der Bundesregierung mit einer im Haushaltsjahr 2025 gesicherten Finanzierung ein notwendiger Schritt.

Digitaler Produktpass (DPP)

Ein zentraler Aspekt der Strategie ist die Einführung des Digitalen Produktpasses (DPP), der detaillierte Informationen über die Umweltauswirkungen und die Recyclingfähigkeit von Produkten liefern soll. Nicht verständlich hierbei ist, warum die Möbelindustrie im Rahmen der Initiative „Digitaler Produktpass“ von BMWK und BMUV nicht als Schlüsselsektor für öffentlich geförderte Pilotprojekte benannt wird, sind Möbel und Matratzen von der EU-Kommission doch in Artikel 18 (5) der ESPR als prioritärer Sektor eindeutig benannt und in der Folge im Rahmen der Ökodesign-Verordnung zur frühzeitigen Einführung eines DPP verpflichtet. Ein Abgleich der Prioritäten der Förderprogramme des Bundes mit den auf EU-Ebene priorisierten Produktgruppen ist daher zwingend notwendig, um Industriezweige nicht zu benachteiligen sowie Verzögerungen und Unsicherheiten in der Industrie zu vermeiden und schlussendlich die zur Transformation notwendigen Ressourcen (u.a. finanziellen Mittel) zielgerichtet einzusetzen.

Zu 4.8 Bau- und Gebäudebereich

Förderung des Einsatzes von Sekundärrohstoffen (als Norm) und bei öffentlichen Ausschreibungen sowie Ausbau der Recycling-Infrastruktur

Die Kreislaufwirtschaft auf der Grundlage des Kaskadenprinzips ist eine der wichtigsten Lösungen, die die Bioökonomie für die Klima- und Umweltkrise bieten kann, und gleichzeitig ein entscheidender Bestandteil der Holzverarbeitenden Industrie. Die Einführung von Indikatoren für die Wiederverwertbarkeit mit der mittel- bis langfristigen Weiterentwicklung von Rezyklateinsatzquoten wird daher befürwortet. Damit der biobasierte Bausektor einen Beitrag zur Ausweitung von Kreislaufösungen leisten kann, ist es allerdings von entscheidender Bedeutung, dass die Mindestvorgaben an Sekundärrohstoffe aus wiederverwendeten Materialien und Rezyklat-Anteil auch durch Einsatz von erneuerbaren Materialien erreicht werden können, solange eine effiziente Recycling-Infrastruktur für erneuerbare Materialien und entsprechende Normen, welche die Standards für ein „Design-4-Circularity“, Qualitätsstandards für einen skalierbaren Einsatz hochwertiger Sekundärrohstoffen und Standards für die Bereitstellung und den Austausch digitaler Daten festlegen, entwickelt werden. Des Weiteren sollte beachtet werden, dass aufgrund der langen Dauerhaftigkeit von Gebäuden erst mittel- bis langfristig ausreichende Mengen an biomassebasierten Sekundärrohstoffen für den Baubereich zur Verfügung stehen werden. Während Wiederverwendung und Recycling aus Gründen der Ressourceneffizienz so weit wie möglich gefördert werden sollten, ist auch zu beachten, dass aus ökologischer Sicht die Verwendung von neuen erneuerbaren Materialien durchaus Sinn machen kann. Außerdem sollte berücksichtigt werden, dass nicht alle Materialien mit rezyklierten Inhalten hergestellt werden können. Eine Anforderung für den Einsatz von Recyclingholz muss sich daher immer an der technischen Machbarkeit und an eventuell noch nicht existierenden Normenvorgaben orientieren. Es ist dementsprechend zu begrüßen, dass die Normung bei der Kreislaufwirtschaft Priorität erhält und das Ziel verfolgt, die Hemmnisse für Rezyklateinsatz über produktspezifische Unterlegung der horizontalen Normen abzubauen. Bis dahin kann es für die Industrie allerdings nachteilig sein, verbindliche Prozentsätze von wiederverwendeten und recycelten Inhalten vorzuschreiben, da dies nicht immer eine mögliche Lösung ist. Sollte die Bundesregierung ein Recycling-Label erarbeiten, das sowohl die Recyclingfähigkeit als auch den Anteil enthaltener Rezyklate von Produkten ausweist, muss dies unbedingt für nachwachsende Rohstoffe und für den Einsatz von bereits benutzten Bauteilen über Remanufacturing (z.B. Massivholz) mitgedacht werden, um eine nicht gewünschte Benachteiligung bestimmter Produktsegmente zu verhindern.

Die NKWS erklärt das Ziel die Abfallvermeidung und -verwertung zu stärken und spricht auch die Novellierung der Altholzverordnung an. Diese ist überfällig, um der vorrangigen stofflichen Verwertung stofflich verwertbarer Althölzer den Weg zu ebnen.² Bereits heute ist Altholz der

² Vgl. Umweltbundesamt: „Evaluierung der Altholzverordnung im Hinblick auf eine notwendige Novellierung“, S. 65

Kategorien A I und A II ein wesentlicher Recyclingrohstoff und dient als Sekundärrohstoff im Rahmen der mehrfachen Kaskadennutzung in der Holzwerkstoffindustrie als Ausgangsstoff für die Produktion von Spanplatten und weiteren Holzwerkstoffen für den Möbel- oder Baubereich. In dem Zuge sei darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die Lenkung der Wertstoffströme regulatorisch auch über die Frage nachgedacht werden muss, ab wann ein Wertstoff unter das Abfallregime fällt. Im Status-Quo geschieht das durch den Entledigungswillen des Verbrauchers, indem er z.B. Holzmöbel der kommunalen Abfallverwertung übergibt und dann die Lenkung der Wertstoffe primär wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (→ thermische Verwertung) unterliegt und damit der stofflichen Verwertung nicht im maximal möglichen Umfang zur Verfügung steht. Dem entgegengesetzt wird aber durch die Regulatorik und auch in der NKWS ein in der Sache nachvollziehbarer, erhöhter Einsatz von Rezyklaten eingefordert. Diesen dadurch entstehenden „Interessenskonflikt“ gilt es im Rahmen der NKWS und regulatorisch zu lösen.

Erleichterung von Bestandserweiterungen: Gebäudeerhalt vor Abriss; Neubau nicht ausbremsen

Das Ziel „Gebäudeerhalt vor Abriss“ unter Abwägung von Treibhausgas-Einsparungen, Energie- und Ressourceneffizienz im Lebenszyklus sowie Aspekten der wirtschaftlichen Verhältnismäßigkeit ist richtig und wichtig. Gerade das Bauen und Sanieren mit Holz durch seine Eigenschaften als leichtes und stabiles Baumaterial ist prädestiniert für die Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen im Gebäudebestand durch Nachverdichtung, Aufstockung und Sanierung. Hier gilt es bestehende regulatorische Hemmnisse weiter abzubauen und gezielte Förderungen zu implementieren.

Deutschland benötigt neben einer höheren Sanierungsquote des Gebäudebestandes aber unbedingt auch einen Ausbau der Fertigstellung von Neubauten, um verschiedene wirtschaftliche und soziale Herausforderungen zu bewältigen. Die Bundesregierung hatte das Ziel ausgegeben, jährlich mindestens 400.000 neue Wohnungen fertigzustellen. Diese sind notwendig, um den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten. Zudem hat der Ausbau des Neubaus positive wirtschaftliche Effekte. Die Bauwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftszweig, der zahlreiche Arbeitsplätze schafft und sich positiv auf die gesamte Volkswirtschaft und Wertschöpfungskette Holz auswirkt. Der Einsatz moderner, energieeffizienter Bauweisen und Materialien reduziert langfristig die Umweltbelastung, da Neubauten die Möglichkeit bieten, moderne Standards und innovative Technologien direkt zu integrieren, die bei der Sanierung älterer Gebäude oft nur schwer umzusetzen sind. Außerdem ermöglicht er es, moderne, nachhaltige Wohnkonzepte zu realisieren.

Um CO₂-Emissionen zu sparen, wird der Holzbau eine immer größere Rolle spielen. Die Holzbauinitiative der Bundesregierung ist ein guter Start, um das Bauen mit Holz stärker voranzubringen.

Abbau regulatorischer Hemmnisse

Die NKWS betont, dass klimafreundliche Baustoffe, darunter Holz und Recyclingbaustoffe, deutlich stärker genutzt werden sollen. Die Holzbauinitiative soll das Bauen mit Holz und anderen

nachwachsenden Rohstoffen als wichtigem Beitrag für ein klimafreundliches und ressourceneffizientes Bauen stärken. Die Forschungsförderung für klimafreundliches und modulares Bauen sowie für Sortier- und Recyclingtechnologien muss zusätzlich zum Runden Tisch serielles, modulares und systemisches Bauen mit konkreten finanziellen Mitteln im Haushalt 2025 unterlegt werden. Auch der Abbau von regulatorischen Hemmnissen wird in der NKWS adressiert. Hier sehen wir akuten Handlungsbedarf im Bereich des Bauens mit dem klimafreundlichen Rohstoff Holz bei den Themen Brandschutz und VOC-Emissionen.

Leider nehmen wir wahr, dass dem mehrgeschossigen Holzbau (GK 4 und GK 5) nach wie vor große Hemmnisse entgegenstehen: Vorurteile, die sich in extremen brandschutztechnischen Vorgaben widerspiegeln, deren Erfüllung den Holzbau unwirtschaftlich machen und damit auf niedrigstem Anteilsniveau halten. Dabei ist das Brandverhalten von Holz gründlich erforscht (TIMPuls) und einschätzbar (Positionierung deutscher Feuerwehren, 2018). Den Stand der Technik müssen wir im Baurecht und in den Technischen Baubestimmungen deutschlandweit harmonisiert wiederfinden, denn der Holzbau ermöglicht durch seine hochtechnisierten Planungs- und Vorfertigungsprozesse eine überragende Qualität und hat ein großes Potential, um schnell und effizient Wohnraum zu schaffen. Auch sollte die formaljuristische Problemstellung geklärt werden, aufgrund derer die bewährten Grundlagen in der Nachweisführung außer Kraft gesetzt und die bisherigen gültigen allgemein bauaufsichtlichen Prüfzeugnisse (abPs) nicht mehr anwendbar sind. Gleichzeitig werden allgemein bauaufsichtliche Bauartgenehmigungen (aBGs) nicht im notwendigen überschaubaren Zeitrahmen durch das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) ausgestellt. Die neue Musterholzbaurichtlinie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Verzögerungen bei der Veröffentlichung müssen vermieden werden.

Auch im Bereich der Produktemissionen und Raumluftqualität gilt es nachzubessern, um den Holzbau nicht zu benachteiligen und beispielsweise die Kiefer nicht als wichtige Ressource zu verlieren. Die Anforderungswerte für Terpene sollten mit Bezugnahme auf neue wissenschaftliche Studien nach oben korrigiert werden.³ Der TVOC-Wert (total volatile organic compounds, Summenwert der VOC) muss aufgrund der fehlenden toxikologischen Aussagekraft abgeschafft werden.⁴⁵⁶

³ Verbundvorhaben (FSP-Emissionen): Gesundheitliche Bewertung von Emissionen aus Holz und Holzprodukten in Innenräumen mittels experimenteller toxikologischer Untersuchungen und humanbasierter Beobachtungen; Teilvorhaben 3: Untersuchungen allergischer und entzündlicher Effekte im Tiermodell - Akronym: GesundHOLZ

⁴ T. Salthammer, TVOC – Revisited (Environment International 2022, 167, 107440);
<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0160412022003671>

⁵ <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2021-N-51201?hl=true>

⁶ <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2021-N-51211?hl=true>

Bürokratie

Die NKWS skizziert Deutschlands Umgang mit Ressourcen bis 2045 und enthält wichtige Vorhaben, die die Bauwirtschaft maßgeblich betreffen. Allerdings darf eine funktionierende Kreislaufwirtschaft nicht zulasten des Mittelstands gehen. Bürokratische Hürden dürfen für die Unternehmen nicht noch weiter verstärkt werden, durch u.a. die Pflicht zur Vorlage eines Schadstoffsanierungs- und Rückbaukonzeptes für Neubau-, Umbau- oder Erweiterungsprojekte im Rahmen der Baugenehmigungen. Neue bürokratische Pflichten, ohne den zeitgleichen Abbau von Hemmnissen der Branche, verschärfen die Situation der Baukrise nur noch weiter.

Zu 8: Standards und Normen für die Kreislaufwirtschaft setzen

Der HDH und seine angeschlossenen Verbände begrüßen den Ansatz Standards und Normen als Basis für die Umsetzung der zirkulären Wertschöpfung zu wählen. In dem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass sich auch außerhalb der in der „DIN-DKE-Roadmap Circular Economy“ definierten Schwerpunktbereiche andere Industriebereiche u.a. die Möbelindustrie im Hinblick auf die auf EU-Ebene über die ESPR abzeichnenden Priorisierungen bereits intensiv mit der für die Transformation erforderlichen Normung befassen und eine erste Norm DIN EN 17902 „Möbel- Zirkularität- Bewertungsmethode für die Demontier-/Remontierbarkeit“ fertiggestellt wurde. Auch an weiteren Normen u.a. für die Themenbereiche „Repair-Refurbishment“ und „Remanufacturing“ wird gearbeitet. Dieser Hinweis nicht zuletzt aus dem Grund, um deutlich zu machen, dass eine Abstimmung zwischen den Anforderungen europäischer Regulatorik und nationaler Maßnahmen (u.a. in der Normung) und dem zur Verfügung stellen dafür notwendiger Ressourcen und entsprechender Mittel seitens des Bundes dringend geboten ist.

Über den HDH:

Der HDH ist ein mittelständisch geprägter Dachverband, der als Verband der Verbände die Belange und Interessen der Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie mit etwa 30.000 Unternehmen und 200.000 Beschäftigten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vertritt. Als übergeordneter Repräsentant der Deutschen Holzindustrie steht der HDH für zahlreiche Wirtschaftszweige, die allesamt Holz und Holzwerkstoffe verarbeiten. Das Themenspektrum reicht von der Möbel-, Holzwerkstoff- und Sägeindustrie über die Holzpackmittelbranche und den industriellen Holzfertigbau bis hin zu Parkett, Fenstern und Bestattungsbedarf. Die im Verband gebündelten Regional- und Fachverbände eint die Nähe zum natürlichen, nachhaltigen und klimafreundlichen Naturwerkstoff Holz.